

Antrag

der Abgeordneten Reinhard Houben, Bettina Stark-Watzinger, Michael Theurer, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Dr. Martin Neumann, Manfred Todtenhausen, Sandra Weeser, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Roman Müller-Böhm, Christian Sauter, Frank Sitta, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich und der Fraktion der FDP

Gründerrepublik Deutschland – Zukunftsfonds für eine neue Gründerzeit

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland ist stolz auf seine Erfinder und innovativen Unternehmen. Es mangelt uns nach wie vor nicht an mutigen Menschen mit tollen Ideen. Aber die Zahl der Gründungen geht zurück. Zudem scheitern unsere Gründer und ihre Erfindungen oftmals schon, bevor ihre Produkte den Massenmarkt erreichen. In wichtigen Wachstumsphasen fehlt es ihnen schlicht an Finanzierungsmöglichkeiten. Es gibt zu viele Beispiele, in denen deutsche Start-ups besser waren als ihre internationalen Wettbewerber, aber dann links und rechts überholt wurden, weil ihnen die Finanzierung fehlte.

Um das zukünftig zu vermeiden, muss die Eigenkapitalfinanzierung deutscher Unternehmen verbessert werden. Sie ist auch für die Risikoteilung besonders geeignet, da die Eigenkapitalgeber an Gewinnen wie an Verlusten teilhaben. Sie und nicht der Steuerzahler federn externe Schocks primär ab. Zudem eignet sich Eigenkapital deutlich besser für die Finanzierung von innovativen Projekten, die oft mit hoher Unsicherheit verbunden sind und erst verzögert Gewinne erzielen. Der klassische Bankkredit kommt bei neuen Technologien und Geschäftsmodellen selten in Betracht.

Nicht nur in Deutschland, sondern im europäischen Binnenmarkt mangelt es an ausreichender Eigenkapitalfinanzierung. Wir müssen daher die Hürden für freie Kapitalströme und Investitionen beseitigen, sodass unsere Kapitalmärkte enger zusammenwachsen können. Dadurch schöpfen wir die Vorteile unseres gemeinsamen Marktes besser aus. Wir erzielen sozusagen eine doppelte Dividende aus stärkerem Wachstum

und höherer Widerstandsfähigkeit.

Deutschland braucht eine zukunftsfähige Wirtschaftsagenda. Statt die bestehende Wirtschaftsordnung durch die Schaffung „nationaler Champions“ zu konservieren, muss das Hauptaugenmerk auf Zukunftsinvestitionen und der damit verbundenen Finanzierung liegen.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist die nationale Förderbank der Bundesrepublik Deutschland. In den vergangenen 20 Jahren hat sie von der Bundesrepublik Deutschland signifikante Unternehmensbeteiligungen erworben. Aktuell hält die KfW einen Anteil von 20,5 Prozent im Wert von ca. 7,3 Mrd. Euro an der Deutschen Post AG, 17,4 Prozent im Wert von ca. 13,1 Mrd. Euro an der Deutschen Telekom AG sowie 20 Prozent an Eurogrid International CVBA im Wert von ca. 0,9 Mrd. Euro. Diese Beteiligungen entsprechen nicht dem Auftrag der KfW gemäß dem Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Auch unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten ist eine Beteiligung des Staates an diesen Unternehmen fragwürdig.

Dagegen gibt es im Bereich der Finanzierung von Innovationen hohe positive externe Effekte, wenn Kofinanzierungsmodelle von Staat und privaten Investoren erfolgen. Derzeit mangelt es an genügend privaten Mitteln, innovative Unternehmen in der Wachstumsphase zu finanzieren. Der Staat könnte hier durch seine Unterstützung den Wohlstand in Deutschland insgesamt erhöhen.

Zwar hat die KfW in den vergangenen Jahren bereits einen stärkeren Fokus auf die Förderung von Unternehmensgründungen und Wagniskapital gelegt. Auch die Landesförderbanken sind im Bereich Start-up-Finanzierung im Rahmen der Gründung sehr aktiv. Bis heute fehlt es jedoch an ausreichend Wagnis- und Risikokapital für wachsende Start-ups. Dies wird besonders deutlich im Vergleich zu gründerfreundlichen Standorten wie den USA, China oder Israel. Laut Bundesregierung fehlen 500 bis 600 Mio. Euro. Gemessen am BIP dürfte die Lücke zu führenden Nationen eher bei ca. 10 Mrd. Euro liegen. Besonders kritisch ist die Finanzierungslücke in der „Later Stage“, wenn Unternehmen ihren Marktzugang und ihr Wachstum finanzieren. Gerade in einer Plattformökonomie, wo das Motto „the winner takes it all“ gilt, ist eine besonders schnelle Skalierung des Geschäftsmodells entscheidend.

Der große Abstand zu anderen Ländern liegt unter anderem daran, dass große deutsche Venture-Capital-Fonds fehlen, die in der Lage sind, diese kapitalintensiven Investitionen zu bedienen. Zudem beteiligen sich institutionelle Investoren wie etwa Versicherungen oder Pensionskassen wegen hoher regulatorischer Eigenkapitalanforderungen und insbesondere zu kleiner Ticketgrößen nur selten an Venture-Capital-Fonds.

Ein Dachfonds nach dänischem Vorbild, der Kapital privater und institutioneller Anleger bündelt und in deutsche Venture-Capital-Fonds investiert, kann deutschen Start-ups mehr Wagnis- und Risikokapital zur Verfügung stellen. Dabei erfolgen die Investitionen in den Dachfonds über zwei Wege: Investoren können zum einen direkt in den Dachfonds investieren. Sie tragen das volle Risiko der Investition, erhalten dabei aber, unter Abzug der Managementgebühren, die gesamte Rendite. Zum anderen können Investoren über eine neu auszugebene Anleihe oder einen Kredit an den Dachfonds indirekt in diesen investieren. Die KfW übernimmt hierbei das Ausfallrisiko des Investments. Aus Sicht der Investoren handelt es sich um eine Investition, die nach Solvency II eine deutlich geringere Eigenkapitalhinterlegung benötigt und gleichzeitig eine angemessene Verzinsung garantiert. Die KfW trägt bei ausreichend hoher Diversifizierung des Dachfonds ein minimales Risiko und erhält einen nicht unwesentlichen Teil der Fonds-Rendite. Der Dachfonds wird von einem eigenständigen, erfahrenen Management geführt, das unabhängig von staatlichen Vorgaben über die Investitionen in die Venture-Capital-Fonds entscheidet.

Die Konstruktion des Dachfonds nach dänischem Vorbild gewährleistet demnach – trotz der Investition in Wagniskapital – eine signifikante Risikoverringerung für die Investoren. Der 2011 aufgelegte dänische Dachfonds Dansk Vækstkapital I konnte die

Finanzierungssituation für dänische Start-ups enorm verbessern.

Durch ein geändertes Anlageverhalten institutioneller Anleger können die Bürgerinnen und Bürger indirekt über ihre betriebliche und private Altersvorsorge an der Digitalisierungsdividende beteiligt werden. Durch die Bereitstellung von ausreichend Wagniskapital entstehen neue, zukunftsfähige Geschäftsmodelle hierzulande.

Ein schrittweiser Verkauf der Beteiligungen an Post, Telekom und Eurogrid würde der KfW die Möglichkeit eröffnen, ebenfalls in einen solchen Dachfonds zu investieren und ihm gleich zu einer notwendigen Größe verhelfen.

Dabei ist zu beachten, dass dem Bundeshaushalt im Falle einer Veräußerung der Beteiligungen an Post und Telekom signifikante Einnahmen zustehen. Diese Unternehmensbeteiligungen hatte die KfW mit einem Abschlag auf den damaligen Marktkurs vom Bund erworben. Gleichzeitig erhielt der Bund einen Besserungsschein, der ihm bei einem Weiterverkauf der Aktien auf dem Kapitalmarkt den Mehrerlös sichert. Auch diese Mittel sollten für eine Stärkung der Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands investiert werden, indem durch die Ausgabe sogenannter „Gigabit-Gutscheine“ eine bessere digitale Infrastruktur gefördert wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für die Stärkung des Innovationsstandortes Deutschland zu engagieren, indem sie Rahmenbedingungen verbessert, sodass mehr privates Kapital für technologieorientierte Investitionen zur Verfügung gestellt wird (dazu wird auf den gesonderten Antrag der Fraktion der FDP „Gründerrepublik Deutschland – Zukunft finanzieren, Finanzstandort Frankfurt stärken“ vom 16.10.2018, Bundestagsdrucksache 19/5053, verwiesen);
2. die Bevölkerung stärker am wachsenden Wohlstand und an der Digitalisierung zu beteiligen, indem die hohen Vermögensbestände stärker als bisher in renditestarke Anlagemöglichkeiten investiert werden;
3. die KfW zu veranlassen, in den kommenden fünf Jahren mittelfristig ihre Beteiligungen an der Deutschen Post AG, der Deutschen Telekom AG und Eurogrid International CVBA vollständig zu veräußern;
4. einen Masterplan für die Förderung von Start-ups und Wachstumsunternehmen in Zusammenarbeit mit den Landesförderbanken und der Europäischen Investitionsbank zu erarbeiten, um bestehende Förderlinien zu konsolidieren und ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten für die Seed-, Start-up- und Later-Stage-Finanzierungen zu gewährleisten. Die KfW sowie die Landesförderbanken sollten bei Investitionen komplementär zu privaten Investoren agieren und dort investieren, wo Nachholbedarf im Markt besteht;
5. gemeinsam mit institutionellen Investoren einen „Nationalen Zukunftsfonds“ (Dachfonds) einzurichten, der sich am Vorbild des dänischen Vækstfonden orientiert. Dieser Dachfonds sollte hauptsächlich in deutsche Venture-Capital-Fonds investieren. Ebenfalls investiert werden kann in nicht in Deutschland angesiedelte Venture-Capital-Fonds, die einen starken Investitionsschwerpunkt in Deutschland haben. Damit wird das Anlageportfolio des Dachfonds diversifiziert und es kommt zusätzliches Know-how nach Deutschland. Der Dachfonds steht institutionellen Investoren, Family Offices und erfahrenen Privatanlegern offen. Der Dachfonds erlaubt Direktinvestitionen in den Fonds. Um die hohen Kosten für die Investition von institutionellen Anlegern in Venture Capital durch Solvency II zu überbrücken, nimmt der Dachfonds Kredite auf, die er mit einem bestimmten Premiaufschlag auf den Zinssatz der zehnjährigen Bundesanleihen verzinst. Alternativ gibt die KfW Anleihen heraus, die analog dem Zinssatz für Kredite verzinst werden. Die hierdurch zufließenden Mittel werden in den Dachfonds investiert;

6. den Dachfonds als unabhängige Einheit mit eigenständigen Gremien auszugestalten. Es ist zu prüfen, ob KfW Capital diese Funktion übernehmen kann und diese in den Dachfonds überführt werden kann;
7. die der KfW zustehenden Erlöse aus dem Verkauf der Anteile an Deutscher Post AG, Deutscher Telekom AG und Eurogrid International CVBA neben der Finanzierung von digitaler Infrastruktur zum Teil über KfW Capital in diesen Zukunftsfonds einzubringen.

Berlin, den 24. Juni 2019

Christian Lindner und Fraktion